



75 JAHRE
STARK IN ARBEIT.

„Unser Kompass sind die Interessen der Beschäftigten“

Über das Kurshalten der Gewerkschaften – auch in stürmischer See – spricht die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi im einblick-Interview.

Der DGB wird 75 Jahre alt – wie hat er sich gehalten?

Der DGB steht heute wie damals für eine simple Erkenntnis: Die Arbeiter*innen, Angestellten, alle Beschäftigten, sind stärker, wenn sie vereint kämpfen – unabhängig von ihrem Beruf, ihren politischen Überzeugungen, ihrer Weltanschauung. Die Idee der Gewerkschaften bekommt auch neuen Schwung in der heutigen Zeit: 2023 sind 437.000 Menschen in die DGB-Gewerkschaften eingetreten.

Darüber hinaus hat der DGB in 75 Jahren bewiesen, dass das Prinzip der Einheitsgewerkschaft funktioniert. Einheitsgewerkschaft, das heißt frei von Parteipolitik und geeint nach innen mit einer konstruktiven Zusammenarbeit unserer Mitglieds-gewerkschaften.

Denn ein Ziel eint uns alle: gute Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, Tarifverträge und Mitbestimmungsrechte – eben echte Demokratie im Betrieb. Wir wissen: Nur so schaffen wir eine Gesellschaft, in der auch für die Arbeits- und Wirtschaftswelt demokratische Regeln gelten. Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften füllen dieses Ziel jeden Tag mit Leben, seit 75 Jahren.

Was haben der DGB und seine Gewerkschaften in dieser Zeit erreicht?

Die Liste ist lang – und vieles erscheint heute ganz selbstverständlich: Die 5-Tage-Woche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die 40-Stunden-Woche und den 8-Stunden-Tag, den bezahlten Jahresurlaub, das Urlaubsgeld, den Kündigungsschutz, den gesetzlichen Mindestlohn, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen – all das würde es ohne starke Gewerkschaften in Deutschland nicht geben.

In den Krisen der letzten Jahre waren es standfeste Gewerkschaften, die dazu beigetragen haben, den Kahn durch stürmische See zu navigieren. Ihr Kompass sind die Interessen der Beschäftigten. Wir sehen jetzt gerade wieder, wie wichtig dieses gewerkschaftliche Kurshalten ist, um Arbeitsplätze und Standorte zu sichern.



Yasmin Fahimi ist seit 2022 Vorsitzende des DGB – als erste Frau in diesem Amt. Die Themen Arbeit und Soziales begleiten sie in ihrem Arbeitsleben seit ihrer Zeit als Gewerkschaftssekretärin bei der IG BCE.

Foto: © Benno Krähan



Foto: © DGB/Nancy Heusel

Also läuft es richtig super?

Ja, aber natürlich ist nicht alles erreicht! Wir sehen aktuell, dass viele Menschen im Land sich ohnmächtig fühlen, fehlende Anerkennung spüren, unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden oder von den schnellen Veränderungen erschöpft sind. Wir Gewerkschaften verstehen das als Handlungsauftrag. Denn es steckt in unserer DNA, unseren Mitgliedern und den Beschäftigten zuzuhören und sie zu beteiligen. Mit unseren Tarifverträgen stellen wir sicher, dass ihre berechtigten Ansprüche durchgesetzt werden und sie zufriedener sind – mit ihrer Arbeit, ihrem Leben und der Demokratie.

Letztendlich geht es um Gerechtigkeit, um Chancen für alle und um ein friedliches Miteinander. Und es geht um Verteilungsgerechtigkeit: Die Frage, wie der Reichtum in unserem Land verteilt wird, wie das Verhältnis Kapital und Arbeit fair gestaltet werden kann – das alles beschäftigt uns seit Jahrzehnten.



Foto: © Julian Rettig

Soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und wirtschaftliche Unabhängigkeit bleiben unser Ziel.

Kontinuität oder Wandel – wohin geht die Reise für den DGB?

Wir können beides! Wir halten an unseren Prinzipien und Werten fest, weil sie richtig sind und Grundpfeiler einer Gesellschaft, die sich zum Guten weiterentwickeln will.

Der DGB hat sich im Laufe der Jahre aber auch immer wieder neu erfunden. Wir sind vielfältiger geworden: jünger, weiblicher und diverser. Unsere Mitglieder repräsentieren die Gesellschaft als Ganzes. Wir versuchen, immer besser zu werden und allen Menschen zu zeigen: Hier ist der Ort, der dich stark macht und nach vorne bringt. Und wir stellen uns auch neuen Herausforderungen, wie dem Umbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Menschen brauchen aber auch Stabilität im Wandel. Wir erleben große Veränderungen – in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und im Alltag der Menschen. Der Wandel hin zu einer klimaneutralen, digitalen Zukunft ist eine Kraftanstrengung und bedeutet eine regelrechte Umwälzung in vielen Lebensbereichen. Damit wir diese große Kraftanstrengung wuppen, braucht Deutschland dringend politische Lösungen und massive Investitionen. Die Menschen sollen sehen, wie eine gute, sozial gerechte und sichere Zukunft aussehen und der Wandel gelingen kann.

Wir Gewerkschaften sind bereit. Mit uns zusammen sind die Beschäftigten stark, niemand bleibt allein. Jedes Gespräch kann etwas verändern. Von Kollegin zu Kollege, von Bürgerin zu Bürger, auf Augenhöhe von Mensch zu Mensch. Gemeinsam sind wir stark. ▶

Yasmin Fahimi: 75 Jahre DGB, Der Macht- und Gestaltungsanspruch des Deutschen Gewerkschaftsbundes zwischen Kontinuität und Wandel, WSI-Mitteilungen, 2024, Heft 5.

<https://tinyurl.com/yckjxhju>

Unsere deutsche Demokratie ist untrennbar mit den Gewerkschaften verbunden

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr feiern wir sowohl 75 Jahre Grundgesetz und Deutscher Bundestag als auch 75 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund! Ich freue mich auch persönlich ganz besonders, dem DGB zum 75. Geburtstag zu gratulieren. Ich war selbst erst Jugend- und Auszubildendenvertreterin und bin über die Betriebsratsarbeit zur Politik gekommen.

Es ist kein Zufall, dass Grundgesetz und DGB zeitgleich Jubiläum feiern. Unsere deutsche Demokratie ist untrennbar mit den Gewerkschaften verbunden. Der Gewerkschaftsrat begleitete die Entstehung des Grundgesetzes – ganz im Sinne Hans Böcklers, dem ersten DGB-Vorsitzenden, der dazu aufrief, „Bürger, nicht Untertanen“ zu sein. Auch wenn damals nicht alle Wünsche der Gewerkschaften Einzug hielten, so sind die Tarifpartner dennoch eindeutig in Artikel 9 Absatz 3 unseres Grundgesetzes genannt: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Der DGB wiederum bekennt sich in seiner Satzung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung – dafür bin ich sehr dankbar!

Die Gewerkschaften haben daran mitgewirkt, unsere parlamentarische Demokratie zu verankern. Die vielen tausende Betriebsräte, Vertrauensleute, ehren- und hauptamtlich Engagierten im DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften leben eine demokratische Alltagskultur. Über die Mitbestimmung erhält die Demokratie Einzug in die Arbeitswelt. Wer auf der Arbeit einen Betriebsrat hat, ist auch insgesamt zufriedener. Das stabilisiert wiederum demokratische Einstellungen, belegten Studien jüngst.¹ Demokratie braucht starke Gewerkschaften – und Gewerkschaften brauchen die Demokratie!

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bieten Paroli, wenn antidemokratische Propaganda im Betrieb, in der Kantine oder auf der Straße verbreitet wird. „Mach meinen Kumpel nicht an!“ – so bringt eine gewerkschaftliche Initiative den Einsatz gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf den Punkt. Gewerkschaftliche Arbeit basiert auf Respekt gegenüber jedem einzelnen Menschen. Immer wieder höre ich von Kolleginnen und Kollegen, die nach Deutschland eingewandert sind, wie sehr sie den Einsatz der Gewerkschaften für ihre Rechte auf Arbeit und in der Gesellschaft schätzen. Gewerkschaften waren und

sind ein Motor der Integration. Für diese klare Positionierung und diesen Einsatz danke ich allen Gewerkschaftsmitgliedern!

Gewerkschaften und Politik müssen sich immer wieder an Veränderungen in der Arbeitswelt und der Wirtschaft anpassen. Die Politik hat die Mitbestimmung in den vergangenen 75 Jahren ausgebaut. Das soll auch weiter geschehen.² Der DGB justiert seine Themen immer wieder neu. Hinzugekommen sind die Digitalisierung der Arbeitswelt, der Schwerpunkt auf prekär Beschäftigte und junge Menschen oder der Fokus auf Weiterbildung und Qualifizierung bei Arbeitsplatzwechseln. Dass die Gewerkschaften schlagkräftig sind, haben sie in ihrer Geschichte immer wieder bewiesen – sei es beim längsten Streik der deutschen Geschichte auf den Werften Schleswig-Holsteins 1956, beim Kampf gegen Standortverlagerungen und für kürzere Arbeitszeiten oder ab 1989/90 beim Einsatz für den Erhalt von Arbeitsplätzen und für Beschäftigungsoffensiven, vor allem in Ostdeutschland.

Ich wünsche mir, auch in Zukunft gemeinsam mit dem DGB dafür zu arbeiten, die Arbeitswelt und das Leben ganz generell gerechter und solidarischer für alle Menschen in unserem Land gestalten zu können. Dafür brauchen Politik und Gewerkschaften einander!

Alles Gute zum 75. Jubiläum! Mischen Sie sich auch in den nächsten 75 Jahren lautstark ein!

Mit solidarischen Grüßen

Bärbel Bas

(Präsidentin des Deutschen Bundestages)



Bärbel Bas ist seit 2021 Präsidentin des Deutschen Bundestags, formell das zweitwichtigste Amt der Bundesrepublik. Sie ist damit derzeit die Frau mit dem höchsten Amt in der deutschen Politik. Seit 2009 ist Bas in ihrem Wahlkreis in Duisburg viermal direkt in den Bundestag gewählt worden. Sie ist Mitglied der SPD und von ver.di. Foto: © photothek

1 <https://www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-erfahrungen-im-job-koennen-demokratie-stabilisieren-oder-unterminieren-58497.htm>

2 Vgl. Koalitionsvertrag, S. 56: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf



DGB-Kampagnen: Worte und Bilder, die bleiben

In den vergangenen 75 Jahren hat sich der DGB immer wieder mit klugen Kampagnen erfolgreich in die politische Debatte eingeschaltet. Mit langem Atem ist es auch in der jüngeren Vergangenheit gelungen, entscheidende sozialpolitische Themen zu setzen. Immer wichtiger werden dabei Daten-Analyse und der Einsatz von Algorithmen, um die gewerkschaftlichen Botschaften an die richtigen Zielgruppen zu liefern.

Im politischen Betrieb gilt „nach der Kampagne ist vor der Kampagne“. Doch um Botschaften in Medien und Gesellschaft zu setzen, bedarf es viele Zutaten: Geld, Personal und vor allem gute Ideen. Erfolgreich Kampagnen zu führen, ist hohe Kunst, besonders wenn das jeweilige Thema in der Bevölkerung noch unbekannt ist. Mit Daten und digitalen Tools lassen sich Ziele und Reichweiten relativ gut planen und evaluieren. Auch für gewerkschaftliche Kampagnen können sie zur Analyse genutzt werden.

So etwa bei einer der längsten und intensivsten gewerkschaftlichen Kampagnen der letzten Jahre: die Debatte zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Eine Analyse mit dem Datenportal Google Trends zeigt von 2006 bis heute die stetig wachsenden Suchanfragen nach dem Begriff Mindestlohn. Relativ deutlich belegt der Googlegraph die entscheidenden Meilensteine der Kampagne, die 2006 von ver.di und der NGG ins Leben gerufen wurde. Mit dem Ordentlichen DGB-Bundeskongress 2010 haben dann alle Gewerkschaften gemeinsam für den Mindestlohn gekämpft. Mit regelmäßigen Umfragen in der Bevölkerung, Plakatmotiven, Beiträgen, Interviews und zahllosen Veranstaltungen insbesondere zu den 1. Mai-Feiern wurde die Kampagne von Gewerkschaften und anderen Akteuren über Jahre befeuert – mit Erfolg. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn war in der Gesellschaft angekommen.

Einen ersten deutlichen Höhepunkt von Suchanfragen gab es wenige Wochen vor der Bundestagswahl 2013 als das Thema im Fernsehduell zwischen der damals amtierenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem Herausforderer von der SPD,

Peer Steinbrück, debattiert wurde. Der bisher größte gemessene Wert von Suchanfragen ist laut Google Trends der Januar 2015 – zum Jahresbeginn wurde der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eingeführt. Diesen großen und hart erkämpften sozialpolitischen Erfolg wird der DGB im kommenden Jahr mit einer Broschüre und einer Festveranstaltung feiern. Alle Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns lassen sich seitdem in den Zahlen der Suchmaschine nachvollziehen. Das Datentool zeigt auch, in welchen Bundesländern heute am häufigsten nach dem Begriff Mindestlohn gegoogelt wird: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Auf eine digitale Datenbasis konnten die Kolleginnen und Kollegen in den 1950er Jahren nicht zugreifen als sie für die Einführung der 40-Stunden-Woche gekämpft haben. Aber auch ohne Algorithmen haben sie mit der Forderung zum 1. Mai 1956 „Samstags gehört Vati mir“ einen Klassiker der politischen Kommunikation geschaffen. Neben dem Slogan ist die visuelle Umsetzung bis heute präsent: Ein kleiner Junge der selbstbewusst in die Kamera blickt und fordert, dass sein Vater samstags für die Familie zu Hause ist. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden pro Woche – fünf Tage mit jeweils acht Stunden – war so massentauglich heruntergebrochen worden. Das Rahmen gebende Aktionsprogramm wurde vor allem vom DGB und der IG Metall vorangetrieben. Eine eigene Kommission samt etwa 20 Mitarbeitenden hat von 1955 bis 1965 politische Stellungnahmen, Pressemeldungen und Broschüren veröffentlicht. Die IG Metall hat unter ihrem legendären Vorsitzenden Otto Brenner einen eigenen Zeichen-



Die Kampagnenmotive zum 1. Mai sind immer Spiegelbild ihrer Zeit. Eine Auswahl aus sieben Jahrzehnten zeigt, wie bunt und vielfältig die Themen und Motive waren und sind. Alle DGB-Plakate gibt es unter: www.dgb.de/mitmachen/erster-mai/maiplakate/

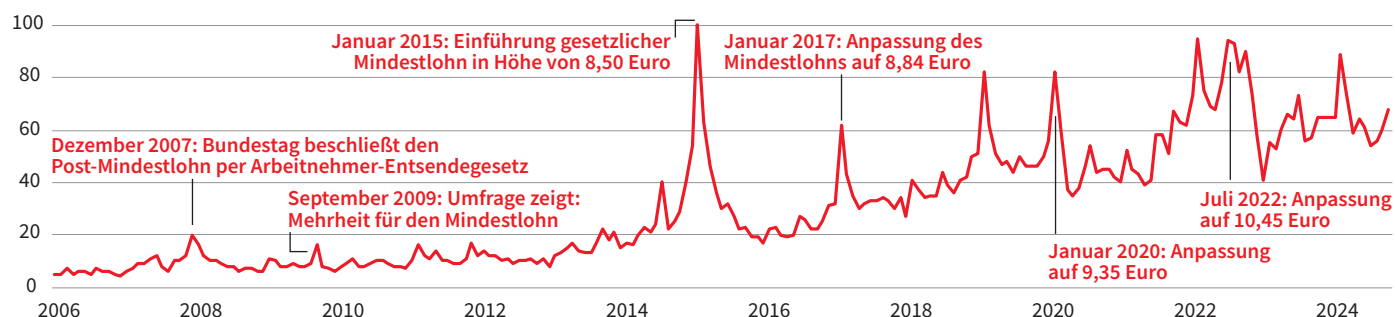
trickfilm veröffentlicht, der in 2.000 Kinos gezeigt wurde und so laut Gewerkschaft 10 Millionen Menschen erreicht hat. Ein eigenes Kabarettprogramm ist auf Tour geschickt worden. Und 15 Millionen Exemplare des Aktionsprogramms sind an private Haushalte verteilt worden. Der große Einsatz hat sich gelohnt: Ab Ende der 1950er Jahre wurde die 40-Stunden-Woche etappenweise in verschiedenen Branchen eingeführt. Der große Durchbruch erfolgte 1967 mit Regelungen für die Metallindustrie, den Bau und die Chemiebranche.

Um Wirkung zu erreichen, kommen moderne politische Kampagnen nicht ohne Social Media aus. Erfolgreiche Pionierarbeit hat der DGB hier bei der Rentenkampagne in den Jahren 2016 bis 2018 geleistet. Der Hintergrund: Gesellschaftlich wurde in den 2010er Jahren nur wenig über die Rente gesprochen – vor allem die Absenkung des Rentenniveaus von damals 48 auf 43 Prozent im Jahr 2030 hätte für viele Menschen Altersarmut bedeutet. Ziel des DGB war es den Sinkflug zu beenden und die Rente bei den geltenden 48 Prozent zu stabilisieren und in einem weiteren Schritt anzuheben. Zur Bundestagswahl 2017 sollte der Druck auf die Parteien verstärkt werden, um möglichst schnell einen Kurswechsel in der Rentenpolitik zu erreichen. Unter dem Motto „Rente muss reichen“ wurden im September 2017 Großbanner an Gewerkschaftshäusern in 40 Städten enthüllt. Mit einer Webseite und umfassenden Aktionen auf Social Media wurde

die Kampagne mit großer digitaler Reichweite ausgerollt. Innerhalb von vier Monaten sind etwa 1,6 Millionen Menschen mit Posts allein auf Facebook erreicht worden.

Viele Inhalte wurden per digitaler Werbung verlängert und zu bestimmten Schlagworten auf Google und den sozialen Netzwerken ausgespielt. Die Webseite wurde innerhalb weniger Monate rund 90.000 mal aufgerufen. Die begleitende Werbeagentur hat ausgerechnet, dass die analogen und digitalen Aktivitäten der Renten-Kampagne rund 40 Millionen Menschen erreicht hat, mögliche Doppelungen inbegriffen. Die vielen Aktionen im Netz, an Bahnhöfen, Werbung auf Straßenbahnen und Bussen sowie Konferenzen, Gespräche oder Bildungsangebote haben schließlich dafür gesorgt, dass die Bundespolitik die DGB-Forderungen aufgegriffen hat. Die Rente ist seitdem als politisches Thema präsent. Bis 2025 gilt nun das Rentenniveau von 48 Prozent. Im Koalitionsvertrag ist zugesagt, diese Zahl bis 2039 zu sichern.

Fest steht: Themen für Kampagnen gehen dem DGB nicht aus. Besonders in aufgeheizten Zeiten heißt es, für gewerkschaftliche Ideale und Ziele zu werben. Im anstehenden Bundestagswahlkampf werden wir mit den Erfahrungen aus den vergangenen siebeneinhalb Jahrzehnten für eine faire, gerechte und tolerante Gesellschaft kämpfen. ▀



Google-Suche zum Mindestlohn von 2006 bis 2024

IMPRESSUM:

Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund, Anschrift: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion einblick, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Telefon: 030 /240 60-615, E-Mail: einblick@dgb.de **V.i.S.d.P.** Katrin Münch-Nebel **Redaktion** Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit** Luis Ledesma **Layout** 313.de **Druck** und Vertrieb DCM Druck Center Meckenheim GmbH **Abonnements** abo-einblick@dgb.de **E-Mail-Newsletter** www.dgb.de/einblicknewsletter **Nachdruck** frei für DGB und Mitglieds-gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Redaktion. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Redaktion und Autor*innen.



75 Jahre DGB – Frauen der ersten Stunde

Vor 75 Jahren schlossen sich 16 Gewerkschaften zum DGB zusammen. Auf dem Gründungskongress waren 14 Frauen als Delegierte anwesend. Wir stellen einige von ihnen vor.

Im Oktober 1949 trafen sich Gewerkschafter*innen aus ganz Deutschland in München, um den Deutschen Gewerkschaftsbund als Dachverband der deutschen Gewerkschaften zu gründen. Unter ihnen waren 14 Frauen, von denen viele sich schon vor der Nazi-Diktatur für die Arbeiterbewegung engagiert haben und teilweise auch im Widerstand aktiv waren. Mit dabei waren unter anderem Liesel Kipp-Kaule, Maria Weber, Ingeborg Tönnesen, Clara Sahlberg und Thea Harmuth. Viele von ihnen hatten später wichtige Funktionen im DGB oder den Mitglieds-gewerkschaften inne.

Liesel Kipp-Kaule

Liesel Kipp-Kaule, 1906–1992, war gelernte Näherin und bis 1933 Betriebsrätin. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute sie die Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder in der Britischen Zone mit auf. Ab 1946 war sie Gewerkschaftssekretärin und ab 1947 Sachbearbeiterin für Frauen und Jugend.



1947 wurde sie als einzige Frau in den Vorstand des DGB für die Britische Zone gewählt. Von 1949 bis 1963 war sie Mitglied im Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für das gesamte Bundesgebiet und West-Berlin – sie wurde sechs mal wiedergewählt. Von 1949 bis 1965 war sie ebenfalls Mitglied des Bundestages (SPD), wo sie maßgeblich am Mutterschutzgesetz beteiligt war.

Maria Weber

Maria Weber, 1919–2002, wurde 1956 als Nachfolgerin von Thea Harmuth Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und 1972 zur ersten weiblichen Vize-Vorsitzen- den. Das Amt hatte sie bis 1982 inne.



Sie begann nach der Schule eine Schneiderlehre, die sie 1938 beendete. Ab 1939 arbeitete sie zunächst als Telefonistin, anschließend als Werkstoffprüferin in einem Großbetrieb. Ihren Wunsch, zu studieren, konnte sie nicht verwirklichen, obwohl sie durch Abendkurse versuchte, die erforderliche Zulassung zu erlangen.

Nach dem Krieg wurde sie Betriebsrätin und später stellvertre- tende Betriebsratsvorsitzende und trat der IG Chemie-Papier- Keramik (IG CPK) bei. 1947 und 1948 besuchte sie die Akademie der Arbeit in Frankfurt. Sie wurde 1947 in den Zonenfrauenaus- schuss des DGB in der britischen Zone gewählt und arbeitete seit 1950 hauptamtlich für den DGB in Düsseldorf und war dort Betriebsratsvorsitzende.

Clara Sahlberg



Clara Sahlberg, 1890–1977, war gelernte Schneiderin und seit 1909 erst Bürohilfskraft, ab 1912 Gewerkschaftssekretärin beim Gewerkverein der Heimarbeiterinnen für Kleider- und Wäschekonfektion. Ab 1914 war sie dort Beisitzerin im Hauptvorstand.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis 1933 war sie zunächst arbeitslos. Dann arbeitete sie beim Arbeitsamt Berlin. Dort verhalf sie als Gegnerin des Regimes anderen Verfolgten zu „Unbedenklichkeitsbescheinigungen“. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 half sie dem untergetauchten christlichen Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer Jakob Kaiser und seiner Frau mit gefälschten Arbeitsbüchern und Lebensmittelkarten.

Nach Kriegsende wirkte Clara Sahlberg zunächst in der Ost-CDU und dem FDGB in der sowjetischen Zone. 1948 ging sie jedoch in den Westen und war dort bis zu ihrem Ruhestand 1955 für die ÖTV (heute ver.di) tätig.



Thea Harmuth

Thea Harmuth, 1906–1956, begann bereits mit 15 eine Lehre als Stenotypistin und war seit 1922 Mitglied im Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten. 1925–26 besuchte sie die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, anschließend war sie Frauensekretärin in mehreren Konsum- und Verbrauchergenossenschaften.



1934 ging sie nach München, um wieder als Stenotypistin zu arbeiten, da ihr die Gewerkschaftsarbeit unter den Nazis nicht möglich war. Harmuth wurde auf dem DGB-Gründungskongress 1949 als einzige Frau – mit zehn Kollegen – in den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) gewählt. Sie setzte sich gegen Liesel Kipp-Kaule durch. Sie blieb GBV-Mitglied und Leiterin der DGB-Abteilung „Frauen“ bis zu ihrem Tod am 10. Januar 1956.

Ingeborg Tönnesen

Ingeborg Tönnesen, 1912–2009, war ausgebildete Schneiderin und Krankenschwester. Seit 1928 engagierte sie sich gewerkschaftlich im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband. Während ihrer Aktivitäten im gewerkschaftlichen Widerstand war sie während der Nazi-Diktatur ab 1936 im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach Kriegsende meldete sie sich freiwillig als Krankenschwester im befreiten KZ Bergen-Belsen. Sie gründete mit anderen den „Bund freier Schwestern“ (Krankenschwestern).

1947 besuchte Tönnesen als Delegierte den Vereinigungsvorstandstag der ÖTV (heute ver.di). 1948 übernahm sie den Vorsitz des Bundes freier Schwestern in der ÖTV in der britischen Besatzungszone und leitete das Frauendezernat der ÖTV in den Westzonen. Später repräsentierte sie die ÖTV im Bundesfrauenausschuss des DGB. ▀

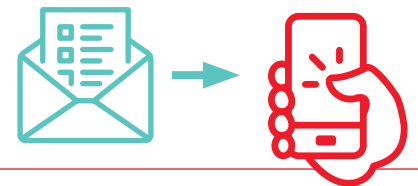


Im September trafen sich in Erfurt rund 20 Gewerkschafter*innen aus dem DGB-Content-Netzwerk. Die Mitglieder des Netzwerks veröffentlichen in ihren persönlichen Social-Media-Profilen Inhalte zu gewerkschaftlichen Themen. An dem Wochenende kamen sie zusammen, um sich zu vernetzen und gemeinsam Tiktok- und Instagram-Videos zu produzieren. So entstand auch eine Solidaritätsbotschaft mit den VW-Beschäftigten. Außerdem gab es Inputs zu Themen wie Storytelling und Hass im Netz. Ziel des Content-Netzwerks ist es, dass Gewerkschaften in Instagram und Tiktok mehr Sichtbarkeit für ihre Themen erzielen können.

einblick newsletter als E-Mail

Immer und überall auf dem neuesten Stand: Hier können Sie den einblick als E-Mail abonnieren.

dgb.de/einblicknewsletter



Betriebsrat gründen: Störmanöver von Arbeitgebern verbreitet

Wenn Arbeitnehmer*innen einen Betriebsrat gründen wollen, treffen sie oft auf Gegenwehr der Chefin oder des Chefs. In jedem fünften Fall versuchen Arbeitgeber, zu verhindern, dass die Betriebsratswahlen stattfinden – obwohl sie damit eine Straftat begehen. In rund der Hälfte der Fälle, in denen sie die erstmalige Wahl eines Betriebsrats behindern, haben sie damit Erfolg und es wird letztendlich kein Betriebsrat gewählt. Besonders häufig tritt dies in mittelgroßen, inhabergeführten Unternehmen auf.

Das zeigen neue Zahlen des WSI der Hans-Böckler-Stiftung. In einer Studie befragten die Autoren Martin Behrens und Heiner Dribbusch Gewerkschafter*innen aus 131 regionalen Organisationen der IGBCE, der IG Metall und der NGG. Die Untersuchung ergab, dass fast die Hälfte der befragten Gewerkschafter*innen (47 Prozent) Fälle kennen, in denen zwischen 2020 und 2022 Arbeitgeber versucht haben, Betriebsratswahlen zu verhindern. ■

Betriebsratsgründungen: Etwa jede fünfte wird laut Umfrage behindert – besonders oft in inhabergeführten Unternehmen – Hans-Böckler-Stiftung (boeckler.de) | <https://tinyurl.com/3jp6ujj8>

Buchtip: Gute Arbeit gegen Rechts

Gute Arbeit gegen Rechts – mit Blick auf die politische Entwicklung klingt so ein Buchtitel heutzutage hochaktuell. Er eröffnet eine neue Reihe zur Arbeitspolitik, die Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, herausgibt. In diesem ersten Band geht es um die Frage, wie dem Rechtsruck in Gesellschaft und Politik auch im Betrieb begegnet werden kann. Und eine Gegenkraft ist hier ja auch bitter nötig, wenn man z. B. sieht, dass die AfD bei Wahlen unter Arbeiter*innen und Gewerkschaftsmitgliedern überproportional Erfolge einstreicht. Jetzt braucht es mehr Mitbestimmung, mehr Mitsprache, mehr Transparenz, mehr Demokratie und mehr Engagement für soziale Gerechtigkeit auch im Betrieb. Zu diesen Themen schreiben Hans-Jürgen Urban, Richard Detje, Dieter Sauer, Hilde Wagner und viele andere. Alles in allem ein gut lesbarer und informativer Materialband, der gerade zu richtigen Zeit kommt.

Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Gute Arbeit gegen Rechts. VSA-Verlag, Arbeitspolitik: Theorie, Praxis, Strategie, Ausgabe 2024, 136 Seiten, 10 Euro.

